

Stadt will Entschädigung für Briten-Kasernen

Baudezernent: Für kleinere militärische Flächen erhielt Bielefeld nach Klagen bereits Millionen

■ **Bielefeld** (aut). Die beiden großen Kasernen, die die Briten noch in Bielefeld nutzen, könnten der Stadt noch eine hohe Millionensumme einbringen. Schon für zwei kleinere aufgegebene Standorte hatte sie in der Vergangenheit Entschädigungen eingeklagt und erhalten, erklärte Baudezernent Gregor Moss (CDU) im Rat: „Die Stadt wird sie auch für die beiden Kasernen einfordern, wenn die Grundstücke angeboten werden.“

Dabei handelt es sich um die Catterick-Kaserne an der Detmolder Straße mit rund 29,5 Hektar und die Rochdale-Kaserne an der Oldentruper Straße mit 8,7 Hektar, die die Briten bis 2020 aufgeben wollen. Die Stadt möchte die Immobilien gern für Wohnen und Gewerbe entwickeln. Die Linke hatte in einem Antrag öffentlich gemacht, dass die Stadt dafür Entschädigungen beanspruchen könne. Dazu erklärte Moss, dass das die Stadt bei den zwei kleineren ehemaligen Militär-Standorten Ravensberger Straße (1 Hektar) und Osningstraße (0,8 Hektar) bereits vor Gericht erstritten habe. Nach Vergleichen seien ihr 1,2 Millionen bzw. 850.000 Euro zugesprochen worden. Die Gerichtskosten hätte zu 70 bzw. 80 Prozent der Bund tragen müssen.

Die Verfahren zogen sich allerdings über Jahre hin. Und auch für die jetzt anstehenden Standorte sagt Moss: „Das wird

Zeit in Anspruch nehmen.“ Die Linke wollte dem per Antrag im Rat Nachdruck verleihen, fand aber keine Zustimmung bei den anderen Fraktionen. Moss: „Dafür ist kein Beschluss nötig. Das ist Geschäft der laufenden Verwaltung.“

Der Annahme der Linken, dass nach alten Garnisonsverträgen aus den 1930er-Jahren die Grundstücke entgeltfrei an die Stadt zurückgegeben werden müssten, widersprach der Dezernent ebenfalls: „Das ist nach den alten Verträgen nicht vorgesehen.“

Städtebaulicher Wettbewerb

Angesichts der Wohnungsnot drängen die Bielefelder Politiker darauf, dass die Stadt die frei werdenden Standorte der Briten-Kasernen entwickelt. Noch läuft der Prozess schleppend. Die Verwaltung arbeite aber mit Hochdruck, so Moss. Derzeit bereitet sie einen städtebaulichen Wettbewerb vor, der im November auslobt werden soll.

Das teilte Moss im Rat auf eine Anfrage der FDP mit, die auf Eile drängt. Anfang 2020 hoffe er auf Ergebnisse. Auf den beiden Kasernen-Standorten ständen viele Hektar für Wohnungen und Gewerbe zur Verfügung. Weitere Vorschläge erarbeiten Studenten der Hochschule OWL im Ideenwettbewerb „StadtLandQuartier“.